

Frühjahrssession 2009

Wirtschafts- und finanzpolitische Aktualitäten standen im Mittelpunkt der Frühjahrssession der Eidgenössischen Räte. Daneben traten umwelt- und staatspolitische Themen etwas in den Hintergrund.

Die Hektik und die Sorgen um das Bankkundengeheimnis und um die konjunkturpolitischen Perspektiven führten zu langen Sonderdebatten und prägten die Session. Sie war für mich die wohl strengste und arbeitsreichste im Vergleich zu allen siebenunddreissig vorangegangenen, die ich seit 1999 erlebt habe.

Bankkundengeheimnis, wie weiter?

Man kann es drehen und wenden wie man will; verantwortlich für die momentan äusserst ungemütliche und delikate Situation der Eidgenossenschaft im Zusammenhang mit dem massiven Druck des Auslandes auf das Schweizer Bankkundengeheimnis ist in erster Linie sicher nicht der Bundesrat. Ihn zum Prügelknaben zu machen, wäre all zu simpel. Es waren die Kaderleute der UBS, welche in den USA nachweislich Geschäfte getätigt haben, welche nicht nur dem amerikanischen, sondern auch dem Schweizer Recht widersprechen. Damit haben sich diese Manager zwar mit hohen Löhnen und zusätzlichen Boni die eigenen Geldbeutel voll gestopft. Sie haben aber dadurch der Schweizer Volkswirtschaft und unserem Landesimage weltweit unermesslichen Schaden zugefügt. Gäbe es dagegen Sanktionsmöglichkeiten, gehörten sie allesamt als Schadenersatzpflichtige an der Volkswirtschaft kräftig abgestraft. Wenn auch die Spitzen der UBS mit den Herren Kurer und Rohner, vormals Ospel, Wuffli und Kumpanen beteuern, sie hätten von den Machenschaften ihrer Leute in den USA nichts gewusst - es fällt mir äusserst schwer, es ihnen zu glauben.

Ausbaden muss die Angelegenheit nun das Schweizervolk in doppelter Hinsicht. Die eingebrochene Konjunktur fand ihren Ursprung im Grössenwahnsinn und in der Geldgier der Manager der weltweit tätigen Finanzinstitute. Und, das Bankkundengeheimnis wird aller Voraussicht nach – mindestens für ausländische Kunden - nicht mehr in der bisherigen Form zu halten sein. Das wiederum bringt unabsehbare volkswirtschaftliche Einbussen; das zu einer Zeit, wo die Aussichten alles andere als rosig sind.

Zu allem Ueberfluss kommt dazu, dass der Bundesrat in dieser zugegebenermassen sehr schwierigen Situation vis à vis der USA nicht immer optimal gehandelt hat. Im nachhinein kritisieren ist immer leichter als besser machen. Aber trotzdem, eine Feststellung muss sich der Bundesrat gefallen lassen: Er hat von der Sache lange zum Voraus gewusst. Es bleibt vorläufig sein Geheimnis, weshalb er bis zum letzten halben Tag der von den USA angesetzten Frist zugewartet hat, bis sein Entscheid zur Herausgabe der ungefähr 300 Kundendaten feststand. Damit hat er in Kauf genommen, dass für die Betroffenen der Rechtsweg verunmöglicht wurde und das Bundesverwaltungsgericht selbst mit einer superprovisorischen Verfügung zu spät kam. Damit hat der Bundesrat die Gewaltenteilung wissentlich ausgehebelt. Ob er das vorsätzlich, fahrlässig oder auf das Notrecht sich berufend getan hat, bleibt abzuklären.

Alle diese geschilderten Faktoren haben den Finanzplatz Schweiz stark geschwächt. Das hat zur Folge, dass unsere internationalen Konkurrenten zum Angriff blasen. Es kommt mir vor wie in der Tierwelt. Die Angreifer warten auf eine günstige Gelegenheit und stürzen sich gemeinsam zuerst auf das angeschlagene Exemplar. Angefangen hat es vor einem Jahr mit der Kriegsrhetorik des Deutschen Finanzministers Steinmeier und mit der Inhaftierungsdrohungen der USA gegenüber der UBS Manager – diese getrauen sich nicht mehr nach Amerika, weil sie dort (zu Recht) verhaftet würden - sein vorläufiges Ende gefunden. Dass sich die Schweizer Politik zur Wehr setzt, ist nicht nur legitim, sondern unbedingt notwendig. Und, wie man in den Wald ruft, tönt auch das Echo. Die verbale Attacke von CVP Nationalrat Thomas Müller hat zwar die Grenze des anständigen Tons ebenfalls weit überschritten; sie hat aber der verletzten Seele des Volkes nicht nur in der Schweiz, sondern auch in weiten Teilen Deutschlands gut getan.

Untersuchung durch die GPK

Gerade der geschilderte Aspekt der Missachtung der Gewaltenteilung ist einer von vielen Gründen, weshalb zum Anfang der Session Stimmen laut wurden, welche zur Klärung der Situation eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) forderten. Und auch das Verhalten der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) ist keineswegs über alle Zweifel erhaben. Sie hatte das Geschäft für den Bundesrat vorzubereiten. Es steht die Vermutung im Raum, dass die-

ses Aufsichtsgremium seine Aufgabe zu wenig ernsthaft angegangen. Der Umstand, das ihr Chef vor seiner Wahl an die Spitze der FINMA eine Kaderposition bei der UBS inne hatte, macht die Sache noch brisanter. Und zu guter Letzt bedarf selbstverständlich auch das Verhalten der UBS selber einer kritischen Analyse.

Aus diesem Grund hat das Parlament den Einsatz einer extra dazu formierten Arbeitsgruppe der Geschäftsprüfungskommission (GPK) bewilligt. Dem Gremium gehören je sechs Stände- und Nationalräte aus allen sechs Fraktionen an. Als Präsident und Vicepräsident amten die beiden Chefs der GPKs, Nationalrat Pierre-Francois Veillon (SVP / VD) und Ständerat Hans Hess (FDP / OW). Die CVP hat mich in diese Arbeitsgruppe abgeordnet. Es wartet eine Menge Arbeit auf uns; denn ein Ende der Diskussion um das Bankkundengeheimnis und die Finanzmarktkrise ist momentan leider noch nicht in Sicht.

Konjunkturdebatte

Am Montag der zweiten Sessionswoche hat der Nationalrat in einer neunstündigen Marathondebatte über weitere Einflussmöglichkeiten des Bundes zur Linderung der konjunkturellen Einbrüche in grossen Teilen unserer Volkswirtschaft diskutiert. Dabei gingen die Meinungen stark auseinander. Seitens der SVP wurden jegliche staatlichen Interventionen abgelehnt. Demgegenüber forderte die Linke Konjunkturprogramme in Milliardenhöhe. Durchgesetzt hat sich schliesslich die politische Mitte, welche die neu vorgelegten konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen des Bundesrates in der Höhe von 700 Millionen Franken unterstützt hat. In diesem Programm sind im Wesentlichen folgende Bereiche enthalten: Infrastrukturen bei Schiene und Strasse, Projekte der Neuen Regionalpolitik, anwendungsorientierte Forschung an den Hochschulen, Stromproduktion mittels Photovoltaik, Exportrisikoversicherung, Erlass von Grundverbilligungsvorschüssen im sozialen Wohnungsbau. Im Weiteren wird die Dauer der Kurzarbeitsentschädigung von 12 auf 18 Monate erhöht.

Im Vergleich zu andern Ländern, insbesondere der USA und Deutschland, nehmen sich die beiden Konjunkturpakete bescheiden aus. Sie beinhalten etwa 0,4 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP). Die USA haben bis heute etwa das Fünfzehnfache (in Prozent des BIP) der Schweiz aufgewendet, Deutschland das Achtfache. Der Schweiz kommt zu Gute, dass sie eine breit gefächerte Binnenwirtschaft hat und sich ein Teil unserer Exportindustrie im Pharma- und Nahrungsmittelbereich resistent gegen negative Konjunkturzyklen erweist. Für die Politik gilt in solchen Situationen, dass sich ihre Exponenten weder zum Schönfärben der Probleme noch zu übertriebenem Schwarzmalen verleiten lassen. Das Volk darf vielmehr eine sachliche und korrekte Einschätzung der Lage erwarten. Dabei ist es allerdings äusserst schwierig, Prognosen auf längere Zeit zu stellen.

Teilzweckbindung der CO₂ Abgabe

Darüber habe ich an dieser Stelle schon öfters berichtet. Am zweitletzten Sessionstag hat der Nationalrat mit einer in ihrer Deutlichkeit überraschenden Zweidrittels-Mehrheit der sogenannten Teilzweckbindung auf Brennstoffen zugestimmt. Damit soll ab 2010 ein Drittel der CO₂ Abgabe auf den fossilen Brennstoffen für die Unterstützung von Effizienzmassnahmen im Gebäudebereich verwendet werden. So werden Hauseigentümer animiert, die Hüllen ihrer alten Gebäude zu renovieren und damit einen Beitrag zu leisten an der Reduktion des Energiebedarfs. Damit sinkt gleichzeitig der CO₂ Ausstoss, den die Schweiz gemäss Kyoto-Protokoll bekanntlich um zehn Prozent zu reduzieren hat. Im Nebeneffekt wirkt der Vorschlag als Konjunkturbelebung für das Baugewerbe.

Der Vorschlag wurde im Vorfeld von Economiesuisse heftig bekämpft. Eine Allianz zwischen SP, Grüne, CVP, BDP sowie ökologisch sensiblen Leuten aus FDP und SVP ergab schliesslich die eingangs erwähnte komfortable Mehrheit von 113 : 57 bei 6 Enthaltungen. Für mich persönlich war das Ergebnis eine besondere Genugtuung; hat doch seit nunmehr sechs Jahren ein kleiner Kreis Gleichgesinnter aus allen Fraktionen unter meinem Präsidium in einer Subkommission diese Vorlage eingeleitet, ausgearbeitet und schliesslich mehrheitsfähig gemacht. Zu Hilfe kam uns im letzten halben Jahr auch die sogenannte Energieallianz, welche auf eine Idee von Nationalrat Otto Ineichen zurückgeht. Das Geschäft geht nun in den Ständerat, welcher mit der Ueberweisung einer ähnlichen Motion bereits etwas vorgespurt hat.

Der Nationalrat versammelt sich am 27. April zu einer viertägigen Sondersession. Darüber berichte ich in meinem nächsten Sessionsbrief.

Ruedi Lustenberger, Nationalrat (CVP), Romoos